Deutscher Bundestag **Drucksache 16/3087**

16. Wahlperiode 25. 10. 2006

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Karl Addicks, Hellmut Königshaus, Jens Ackermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/2848 –

Deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit den ölproduzierenden Ländern

Vorbemerkung der Fragesteller

Der Ölpreis ist mit zurzeit 60 US-Dollar/Barrel zwar nicht mehr auf seinem Allzeithoch, wird auf lange Sicht aber weiter steigen. Dies ist zurückzuführen auf immer teurere Erschließung neuer Vorkommen bei gleichzeitig steigendem Bedarf. Diese Faktoren verstärken sich gegenseitig und führen zu einem immer stärkeren Anstieg der Preiskurve. Nicht zuletzt treiben aktuelle Krisen (Iran, Nordkorea, Libanon u. a.) den Ölpreis in die Höhe. Experten sähen diesen bei größeren Lieferausfällen alsbald in der Nähe von 100 Dollar/Barrel.

Dieser Preisanstieg belastet gerade die ärmsten Entwicklungsländer. Bei vielen, wie z. B. Marokko verzehren die teuren Energieimporte immer größere Teile der Deviseneinnahmen und werfen damit diese Länder in ihrer Entwicklung zurück. 2005 sind die Ölimportkosten der Entwicklungsländer um über 100 Mrd. US-Dollar gestiegen. Das ist ein großer Teil der gesamten weltweit geleisteten Entwicklungszusammenarbeit und bedeutet, dass EZ-Gelder der Geberländer indirekt in die Kassen der Förderländer fließen. Außerdem werden aus den Öleinnahmen immer größere Geldsummen direkt in die Kassen der Erzeugerländer gespült. Daher erhebt sich die Frage, ob nicht diejenigen Staaten, die am meisten von der steigenden Ölrechnung profitieren, stärker als Geber in die Verantwortung genommen werden können.

Auf der anderen Seite sind Ölexporteure wie Nigeria, Angola oder Sudan selbst Entwicklungsländer, die jedoch trotz hoher Öleinnahmen keine nennenswerten Entwicklungserfolge vorweisen können. Vielmehr vergeuden sie große Teile ihrer Einnahmen in kostenträchtigen Konflikten (Darfur), indem sie auf solche Konflikte zusteuern (Nigerdelta) oder indem sie der Veruntreuung der Öleinnahmen durch gierige Eliten nichts entgegensetzen. Initiativen wie „Publish What You Pay“ oder die „Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)“ sollen die Transparenz bei diesen Ölgeschäften verbessern, können jedoch nicht alleine alle Probleme lösen.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 23. Oktober 2006 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

1. Wie hoch sind die Nettoeinnahmen aus dem Ölexport von OPEC-Ländern und Nicht-OPEC-Ländern, aufgeschlüsselt auf die einzelnen Staaten?

Die Bundesregierung führt keine eigenständigen Erhebungen über die Nettoeinnahmen aus dem Ölexport von OPEC-Ländern und Nicht-OPEC-Ländern durch. In internationalen Statistiken werden lediglich Angaben zur Höhe der Ölproduktion und Ölexporte einzelner Länder aufgeführt, aus denen keine Nettoeinnahmen ermittelt werden können.

2. Welcher Anteil dieser Einnahmen fließt in Form von Entwicklungshilfe an Entwicklungsländer?

Siehe Antwort zu Frage 1.

3. Wie hoch ist die ODA-Quote (ODA = Official Development Aid) der zwanzig reichsten Ölnationen?

Von den ölexportierenden Entwicklungsländern meldet lediglich Saudi-Arabien seine Ausgaben für Entwicklungshilfe (ODA) an die OECD. Die ODA-Quote von Saudi-Arabien lag 2004 bei 0,69 Prozent. ODA-Quoten für andere ölproduzierende Entwicklungsländer sind nicht verfügbar, da die betreffenden Staaten ihre Ausgaben für Entwicklungshilfe nicht an die OECD melden.

4. Wie beurteilt die Bundesregierung diese ODA-Quoten und sieht sie dort einen Handlungsbedarf?

Wegen der fehlenden Datengrundlage ist eine Beurteilung nicht möglich.

5. Sind die ODA-Quoten dieser reichsten Ölnationen mit denjenigen der westlichen Geber vergleichbar?

Die ODA-Quote von Saudi-Arabien lag 2004 bei 0,69 Prozent. Die durchschnittliche ODA-Quote der EU lag 2005 (2004) bei 0,44 Prozent (0,35 Prozent), die Deutschlands bei 0,36 Prozent (0,28 Prozent). Die Zahlen für 2005 sind noch vorläufig.

6. Wie beurteilt die Bundesregierung die Verteilung der Ölmilliarden in Entwicklungsländern?

In vielen Entwicklungsländern erreichen die Wohlfahrtswirkungen der Einnahmen aus Ölexporten nicht die armen Bevölkerungsschichten, sondern kommen nur eng begrenzten Gruppen zugute. Die Bundesregierung vertritt die Auffassung, dass der Reichtum an Ressourcen in den betreffenden Ländern in wesentlich höherem Umfang für die Entwicklung und für die Armutsbekämpfung genutzt werden muss, z. B. um die Infrastruktur auszubauen, die Bildungssysteme zu erweitern oder die Wirtschaft zu diversifizieren, um in Zukunft nicht von Öleinnahmen abhängig zu sein.

7. Welche ölexportierenden Länder bekommen deutsche Entwicklungshilfe in welcher Höhe und wofür?

Siehe Anlage 1.

8. Welche ölexportierenden Länder bekommen europäische Entwicklungshilfe in welcher Höhe und wofür?

Siehe Anlage 2.

9. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass alle Einnahmen aus dem Ölgeschäft von Entwicklungsländern der eigenen und gerade der lokalen Bevölkerung zu Gute kommen?

Die Bundesregierung verfügt nicht über einen Überblick zu den Eigentums- und Besitzverhältnissen hinsichtlich Ölressourcen in den Entwicklungsländern. Es ist bekannt, dass neben staatlichen und para-staatlichen Institutionen auch einheimische und ausländische Unternehmen Eigentumsrechte und somit Ansprüche auf Einnahmen aus Verkäufen besitzen. Um die öffentliche Information und Kontrolle über Finanzflüsse zu verbessern, unterstützt die Bundesregierung in Partnerländern wie Nigeria – und im Bereich des Bergbaus in Ghana – Transparenzinitiativen. Dazu zählt die „Extractive Industries Transparency Initiative“ (EITI), die Deutschland bilateral und über internationale Mechanismen (EITI-Multi-Donor-Trust-Fund) unterstützt.

10. Wenn nein, über welche Informationen verfügt die Bundesregierung, dass diese Einnahmen von einzelnen Personen oder Personengruppen ganz oder teilweise einbehalten werden und nicht in den Haushalt der verschiedenen Länder fließt oder auf anderem Weg der Bevölkerung zu Gute kommt?

Siehe Antwort zu Frage 9.

11. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um diesem Verhalten entgegenzuwirken?

Die Bundesregierung unterstützt Reformen mit dem Ziel, die in Entwicklungsländern vorhandenen Energierohstoffe so zu nutzen, dass sie langfristig der Entwicklung der Länder und der Armutsbekämpfung zugute kommen. Besondere Bedeutung haben Reformen zur Verbesserung der Regierungsführung und der demokratischen Kontrolle, der Leistungsfähigkeit und Transparenz der öffentlichen Finanzwirtschaft sowie Schritte zur Stärkung der Zivilgesellschaft.

Die Bundesregierung unterstützt in diesem Zusammenhang internationale Initiativen wie die Maßnahmen der Weltbank zur Umsetzung des „Extractive Industries Review“ oder die „Extractive Industries Transparency Initiative“.

Sie verfolgt diese Ziele auch im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit. So unterstützt die deutsche EZ im Rahmen des Regionalvorhabens „Gute Regierungsführung“ in den Maghreb-Staaten (Algerien, Marokko, Mauretanien, Tunesien, Libyen) die an der Haushaltserstellung und -prüfung beteiligten Institutionen der Länder, mit dem Ziel die Qualität der Haushaltskontrolle zu sichern und die Transparenz der öffentlichen Ausgaben herzustellen. Ein weiteres Beispiel ist das geplante Neuvorhaben zur Unterstützung der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten (CEMAC) bei der Umsetzung der EITI-Initiative.

12. Hält die Bundesregierung die Initiativen „Publish What You Pay“ und die „Extractive Industries Transparency Initiative“ für geeignet, die Ziele der Transparenz und Good Governance ausreichend durchzusetzen?

Die Bundesregierung unterstützt die politischen Ziele der genannten Initiativen, die jedoch über keine rechtlichen oder finanziellen Instrumente verfügen. Die erforderlichen Reformen müssen von den Partnerländern in eigener Verantwortung betrieben und umgesetzt werden. Die hierfür notwendige Unterstützung wird von den multilateralen und bilateralen Geber-Institutionen, so auch von Deutschland, angeboten und geleistet.

13. Ist der Bundesregierung bekannt, welcher Anteil der Einnahmen ölexportierender Entwicklungsländer in die Entwicklung des eigenen Landes fließt?

    Um welche Länder handelt es sich, und wie hoch ist der entsprechende Anteil in Prozent und als Betrag?

Siehe Antwort zu Frage 1.

14. Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, damit ölexportierende Länder mehr Verantwortung für ihre eigene Bevölkerung und Entwicklung des Landes übernehmen?

Ein zentraler Ansatz ist die Förderung heimischer Rechenschaftspflicht („domestic accountability“), die gerade in ressourcenreichen Ländern in der Regel in nur unzureichendem Maße gegeben ist. Die Forderung seitens Wirtschaft und Zivilgesellschaft nach stärkerer Rechenschaftspflicht im Sinne ordnungsgemäßer Einnahmenerhebung und transparenter Mittelverwendung ist dann zu erwarten, wenn breite Bevölkerungskreise zur Finanzierung des Staates herangezogen werden.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit weist deshalb im politischen Dialog auch mit den ölexportierenden Ländern auf die Notwendigkeit von Steuerreformen hin. Die Bundesregierung unterstützt Reformprozesse, die über die Einbeziehung weiter Bevölkerungskreise in die Besteuerung die Grundlagen dafür legen, dass der Staat in die Verantwortung für die eigene Bevölkerung und Entwicklung des Landes gebracht wird.

15. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass insbesondere ölexportierende Entwicklungsländer ihre Einnahmen besser für die Entwicklung des eigenen Landes einsetzen könnten?

Siehe Antwort zu Frage 6.

16. Wie versucht die Bundesregierung einen Dialog mit den ölproduzierenden Ländern und der OPEC zu führen und zu fördern, um gemeinsame Kriterien sowie entwicklungs- und sicherheitspolitische Standards aufzustellen?

Die Bundesregierung führt gemeinsam mit anderen Industrieländern und der Internationalen Energie-Agentur im Rahmen des Internationalen Energie-Forums einen multilateralen Dialog, an dem auch die OPEC und andere ölproduzierende Länder beteiligt sind. Dabei geht es um Fragen der Produktion, der Entwicklung der Nachfrage und um die Sicherheit der Versorgung mit Öl. Bei den bilateralen Dialogen der Bundesregierung mit den ölproduzierenden Ländern sind sicher-

heits-, wirtschafts-, handels-, entwicklungs- und energiepolitische Fragen mit eingeschlossen. Auch bei den Dialogen der Europäischen Union mit den Partnern in Asien, Afrika und Lateinamerika werden diese Themen behandelt.

17. Plant die Regierung, ihre Beziehungen zum afrikanischen und nahöstlichen Raum hinsichtlich Erdgas- und Erdöl auszudehnen, angesichts der steigenden Abhängigkeit von dieser Region?

Die Bundesregierung unterstützt und fördert Bemühungen um eine Diversifizierung der Bezugsquellen für Energie. Sie unterhält intensive Beziehungen zu den Lieferländern im Nahen und Mittleren Osten und Afrika. Der Dialog mit diesen Ländern schließt sicherheits-, wirtschafts-, handels-, entwicklungs- und energiepolitische Fragen mit ein. Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit dem Sudan ist auf nationaler Ebene jedoch suspendiert.

Im Übrigen kann die deutsche Außenwirtschaftspolitik lediglich einen günstigen Rahmen für Aktivitäten deutscher Unternehmen schaffen. Entscheidungen über Bezugsquellen treffen die Unternehmen letztlich in eigener Verantwortung.

18. Welche Maßnahmen ergreift das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, um deutsche Energieinteressen in Afrika geltend zu machen?

Das BMZ unterstützt deutsche Interessen im Energiesektor durch das Engagement im Rahmen der bilateralen und der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit den afrikanischen Partnerländern. Hierbei spielt vor allem die Verbesserung der Regierungsführung auf nationaler und regionaler Ebene und zunehmend auch die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft eine wichtige Rolle.

Anlage 1

Zur Verbesserung der Wirksamkeit ihrer bilateralen Entwicklungszusammenarbeit hat die Bundesregierung seit Anfang 2000 regionale Schwerpunkte gebildet und die Anzahl der Partnerländer verringert. Zudem wurde die Zusammenarbeit mit den Partnerländern auf wenige gemeinsam vereinbarte Schwerpunkte konzentriert.

Tabelle 1 enthält die Entwicklungsländer mit Nettoölexporten, die zu den bilateralen Partnerländern der Bundesregierung zählen. Die Angaben stellen die zugesagten deutschen Leistungen in den bilateralen Regierungsverhandlungen dar.

Tabelle 1: Höhe der deutschen EZ-Zusagen an ölexportierende Entwicklungsländer+ (2004–2005)

Land	Höhe der deutschen EZ-Zusagen in Mio. Euro		Verwendung
	2004	2005	
Algerien*	6,45	6	Umwelt, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung
Angola (1)	–	0,6	Wiederaufbauhilfe
Aserbaidschan	8,5	8,5 +6	nachhaltige Wirtschaftsentwicklung Sonderzusage: Darlehen im Bereich Umweltschutz
Ecuador	8,15	8,15	Zivilgesellschaft, Umwelt
Indonesien*	47,15	33 +60,575	Zivilgesellschaft, Gesundheit, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Transport/Kommunikation, Sonderzusage: Wiederaufbau nach Tsunami
Iran* (1)	3,3	–	Zivilgesellschaft, Erdbebenhilfe Bam
Jemen	37	36,5	Bildung, Wasser, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung
Kamerun	17	17	Dezentralisierung, Gesundheit, Umwelt
Kasachstan (2)	–	2	nachhaltige Wirtschaftsentwicklung
Kolumbien	7	8	Friedensentwicklung, Umwelt
Mexiko	2,4	2	Umwelt, Energie
Nigeria	4,5	4,5	Beschäftigungsorientierte Wirtschaftsförderung
Sudan (1) (Südsudan)	1	6	Wasser
Syrien	22	22	Wasser
Tschad	9,25	9,25	Ländliche dezentrale Entwicklung
Vietnam	21,5	34,5	Gesundheit, Umwelt, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung

\+ ölexportierende Entwicklungsländer (Stand 2004) mit einer Exportmenge von mehr als 5 Millionen Tonnen Rohöl und insgesamt einem Nettoexportumfang.

* OPEC-Mitgliedstaaten

(1) Angola, Iran und Sudan zählen zu den potenziellen Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, mit denen zz. höchstens eine punktuelle, auf direkte Armutsbekämpfung oder Verbesserung der Rahmenbedingungen zielende Zusammenarbeit möglich ist.

(2) Kasachstan entwächst aufgrund seiner positiven wirtschaftlichen Entwicklung der klassischen Entwicklungshilfe. Es gab seit 2004 kein unterzeichnetes Protokoll und auch keine regelmäßigen Zusagen mehr.

Anlage 2

Tabelle 2 listet die Leistungen der Europäischen Gemeinschaft, durchgeführt im Wesentlichen von der Europäischen Kommission, mit ölexportierenden Entwicklungsländern (Nettoexporteure).

Tabelle 2: Höhe der Entwicklungshilfe der Europäischen Gemeinschaft mit ölexportierenden Entwicklungsländern+ (2005)

Land	Höhe der europ. EZ-Leistungen2005 in Mio. Euro	Verwendung
Algerien*	47,91	Wirtschaftliche Reformen; Gute Regierungsführung; Entwicklung menschlicher Ressourcen; Infrastruktur
Angola	56,56	Gesundheit; Ländliche Entwicklung; Nahrungsmittelsicherung; Bildung; Institutionelle Stabilisierung
Äquatorial-guinea	2,04	Institutionelle Reform
Argentinien	4,85	Gesundheit; Bildung; Menschenrechte; Capacity-Building
Aserbaidschan	20,94	Humanitäre Hilfe (Medizinische Versorgung); Nahrungsmittelhilfe; Infrastruktur (Energie, Transport und Nukleare Sicherheit); Wiederaufbauhilfe (Nagorno-Karabakh Konflikt)
Ecuador	28,21	TZ und FZ (Gesundheitspolitik; Umweltpolitik; wirtschaftliche Zusammenarbeit); Dezentralisierung; Nahrungsmittelsicherung
Gabun	16,95	Gute Regierungsführung; Nachhaltiger Umgang mit Waldressourcen; Transport und Straßeninfrastruktur
Indonesien*	58,03	Bildung; Governance und Sicherheit; Fiskalreformen
Irak*	35,77	Wiederaufbauhilfe; Stärkung des politischen Prozesses
Iran*	4,17	Drogenbekämpfung; Flüchtlingshilfe (Afghanistan); Demokratie und Menschenrechte
Jemen	21,77	Stärkung wirtschaftlicher Institutionen; Nahrungsmittelsicherung; Armutsbekämpfung; Gute Regierungsführung
Kamerun	32,06	Makroökonomische Unterstützung; Sektorübergreifende Hilfe (Rechtsgrundsätze, nachhaltiges Ressourcenmanagement); Transport
Kasachstan	5,97	Förderung regionaler Kooperationen; Gute Regierungsführung; Transport
Kolumbien	44,19	Förderung des Friedensprozesses; Menschenrechte; Humanitäre Hilfe
Kongo, Rep.	12,8	Förderung der Rechtsgrundsätze; Makroökonomische Unterstützung bei der Schuldenbezahlung; Sektorelle Transportpolitik; Gesundheit; Unterstützung von NGOs
Libyen*	0,54	Migration; HIV/Aids-Bekämpfung; Integration in den Barcelona-Prozess;
Malaysia	1,25	Wirtschaftliche und handelsbezogene Zusammenarbeit; Umwelt; Höhere Bildung
Mexiko	5,5	Entwicklung des sozialen Sektors, Ungleichheitsreduzierung; KMU-Projekte und Hinarbeiten auf die Frei-Handels-Zone; Wissenschaftliche Zusammenarbeit; Rechtsgrundsätze und Institutionengestaltung

Land	Höhe der europ. EZ-Leistungen2005 in Mio. Euro	Verwendung
Nigeria*	100,72	Wasserversorgung und Sanitäres; Staatliche und lokale institutionelle und wirtschaftliche Reform
Sudan	171,22	Nahrungsmittelsicherung; Bildung und Capacity-Building
Syrien	26,31	Institutionelles Capacity-Building; Industrielle Modernisierung; Bildung und Entwicklung menschlicher Ressourcen
Tschad	68,34	Wasserversorgung; Makroökonomik; Infrastruktur
Venezuela*	17,76	Freie und faire Wahlen; Untersuchungen bzgl. des Putschversuchs gegen Chávez im April 2002; Entwaffnung der Zivilbevölkerung
Vietnam	34,12	Bildung; Gesundheit; Ländliche Entwicklung; Wirtschaftliche Reformen zur Integration Vietnams in die Weltwirtschaft

Quelle: Annual report 2006 on the European Community's Development Policy and the implementation of external assistance in 2005
\+ ölexportierende Entwicklungsländer (Stand 2004) mit einer Exportmenge von mehr als 5 Millionen Tonnen Rohöl und insgesamt einem Nettoexportumfang.
* OPEC-Mitgliedstaaten

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333